Festvortrag
»Über die Zukunft der Wirtschaftspolitik«
von Professor Dr. Herbert Giersch

1. Wem am heutigen Tage der Sinn danach steht, eine hundertjährige Vergangenheit zu bewältigen, wird das Thema dieses Vortrages widerstrebend akzeptieren. Und wer nach dem Klang der Orgel darauf eingestimmt ist, Erbauliches auch über die Zukunft zu hören, wird den Inhalt enttäuschend und vielleicht gar schockierend finden.

Doch ist 1971 nicht eine Zeit, in der man nach Leitbildern aus der Vergangenheit geradewegs und gemächlich in die Zukunft gehen könnte. Im Gegenteil: der Wandel der Technik, der Wirtschaftsstruktur und der gesellschaftspolitischen Ziele, der sich in Umrissen abzeichnet, ist so groß, daß alle, die es versäumen, ihn vorausgreifend zu berücksichtigen, Gefahr laufen, eines Tages vor schwierigen Anpassungsproblemen und vor schweren psychischen Belastungen zu stehen. Dabei trifft der Wandel im Bereich der Gesellschaftspolitik, der auf uns zukommt, die Älteren, die ihr Leben nach den bisherigen Spielregeln eingerichtet haben, viel stärker als die Jüngeren, die mehr vom Leben vor sich haben und die vielleicht gar spüren, daß der abrupte Wandel ihnen einen Wettbewerbsvorteil im natürlichen Kampf der Altersgruppen verschafft.

Deshalb wäre es zu billig und vielleicht gar unverantwortlich, ließe ein Vortrag über die Zukunft der Wirtschaftspolitik aus Rücksicht auf die Wohlgefühle einer Festversammlung die harten Probleme des gesellschaftspolitischen Wandels außer Betracht, statt sie vorausgreifend im Scheinwerferkegel zu erfassen und nach Wegen zu suchen, die aus künftigen Konflikten herausführen können. Wer anders — als ein unabhängiger Wissenschaftler — hat dazu das Privileg der Narrenfreiheit und damit zugleich die Pflicht, von dieser Freiheit auch dann Gebrauch zu machen, wenn es nicht opportun erscheint!

2. Gestatten Sie mir aber auch noch vorab zu sagen, warum ein Wirtschaftswissenschaftler zu einem Thema wie diesem etwas beitragen soll und kann. Ein Bedarf, über die Zukunft der Wirtschaftspolitik nachzudenken, besteht für jede zeitliche Spanne; denn gouverner c'est prévoir. Aber da der wirtschaftspolitische Praktiker vor allem von jener Zeitspanne gefesselt ist, in der entschieden wird, ob er die Verantwortung behalten darf oder verliert, bleibt das Nachdenken über die Wirtschaftspolitik auf weitere Sicht meist denen überlassen, die sich für kompetent

halten, ohne in der praktischen Verantwortung zu stehen. Dazu gehört auch der Nationalökonom. Er kann für die längere Sicht vorherzusagen versuchen, welche besonderen Aufgaben sich stellen, wenn die Wirtschaft weiter so wächst wie bisher; er kann, indem er den „Zeitgeist" zu deuten trachtet, den voraussichtlichen Wandel in den wirtschaftspolitischen Zielsetzungen aufzeigen — ob ihm dieser Wandel nun gefällt oder nicht; und er kann als Soziotechniker herausfinden, wie sich die Ziele mit möglichst geringen Einbußen an materiellen und an immateriellen Werten erreichen lassen.

3. Dieser Vortrag enthält von alledem etwas. Zu Beginn möchte ich darzulegen versuchen, wie aus der gesellschaftspolitischen Entwicklung Kräfte erwachsen, von denen ich glaube, daß sie auf die Dauer das System gefährden können. Da es aber müßig wäre, über die Zukunft der Wirtschaftspolitik im herkömmlichen Sinne weiter nachzudenken, wenn das System zusammenbricht, ergibt sich vom Thema her als nächstes die Frage, ob und wie sich das Wirtschaftssystem rechtzeitig und elastisch diesen gesellschaftspolitischen Forderungen anpassen kann und zwar so, daß nicht mehr als unbedingt nötig von den Grundprinzipien der Freiheit und des Individualeigentums preisgegeben werden muß. Die Lösungen, auf die ich hinweisen werde — wenn auch mehr zur Illustration — haben eines gemeinsam: sie enthalten möglichst viele Elemente des Preismechanismus und gewähren möglichst wenig Spielraum für bürokratisches Ermessen. In dieser Richtung liegen auch brauchbare Lösungen für die Aufgaben, die uns die Strukturpolitik ebenso wie die Konjunkturpolitik in der Zukunft stellen wird.

4. Wenn man etwas über den künftigen Trend der wirtschaftspolitischen Willensbildung erfahren will, muß man danach fragen, wie die Intellektuellen von heute denken und wie sie das Denken derjenigen prägen, die in fünf, in zehn oder in zwanzig Jahren in der politischen Verantwortung stehen werden. Diese These ergibt sich aus einer Feststellung, die Keynes vor 35 Jahren traf. „Ich bin sicher", so sagte er, „daß die Macht der Interessen bei weitem nicht so groß ist, wie es scheint, verglichen mit der schleichenden Machtergreifung der Ideen. Diese beginnt erst ... nach einiger Zeit ..., weil sich in Fragen der Wirtschaft und der Politik nur wenige Menschen über 25 oder 30 Jahren noch von neuen Ideen beeinflussen lassen".

5. Wie richtig die These vom intellektuellen Einfluß ist, der erst nach einiger Zeit wirksam wird, zeigen einige Beispiele aus der Vergangenheit, von denen das erste und beste Keynes selbst betrifft.

Keynes hat nach der Weltwirtschaftskrise eine Theorie entworfen, die zeigen sollte, daß eine andauernde Unterbeschäftigung möglich ist, und er

hat zugleich demonstriert, wie der Staat die Vollbeschäftigung sichern kann. Diese Lehre hat nach dem Kriege in den meisten Ländern das Denken beherrscht, so daß es heute allenthalben eine staatliche Vollbeschäftigungsgarantie gibt, de facto zumindest, wenn nicht gar de jure. Statt eines Unterbeschäftigungsgleichgewichts haben wir dank der Keynes'schen Lehre nun überall und ständig eine mehr oder weniger inflationäre Situation. So hat Keynes durch seinen verzögerten Einfluß auf die Wirtschaftspolitik die Welt verändert.

6. Zweites Beispiel: Die westdeutsche Wirtschaftspolitik seit der Währungsreform weicht so ganz und gar von unserer etatistisch-merkantilistischen Tradition ab, daß man sich aus zunehmender Distanz fragen muß, was wohl dem Liberalismus auf deutschem Boden erstmals diese große Chance gegeben hat. Zweifellos erscheint die Ausgangs-Konstellation nahezu einmalig: ein totalitäres Kontrastprogramm aus der eigenen Vorkriegs-Vergangenheit, das stalinistische Kontrastprogramm in der Nachkriegs-Fortsetzung, der Zusammenbruch der Bürokratie und das Fehlen einer funktionsfähigen staatlichen Zentralinstanz. Doch wäre dem Individualismus sicherlich die Chance versagt geblieben, hätte sich nicht schon Anfang der dreißiger Jahre die neoliberale Schule der Nationalökonomie formiert und die geistigen Kräfte für das Modell einer Wettbewerbsordnung mobilisiert. Wie nachhaltig Walter Eucken, das Haupt dieser Gruppe, noch einundzwanzig Jahre nach seinem Tode die deutsche Wirtschaftspolitik beeinflußt, erfährt der Besucher des Bundeswirtschaftsministers spätestens im Vorzimmer, wo das Bild Walter Euckens neben dem von John Maynard Keynes hängt. Und das ist, so glaube ich, kein leeres Symbol, sondern die wirtschaftspolitische Festlegung eines Mannes, dessen Denken außer durch Keynes durch Euckens Werk geprägt ist.

7. Das dritte Beispiel ist Karl Marx, der auch heute — noch oder wieder — einen so starken Einfluß auf das Denken ausübt, daß man sich von der Wirtschaftsordnung und der Wirtschaftspolitik der Zukunft kein realistisches Bild machen kann, ohne sich auch mit ihm zu befassen. Sollte er etwa bald Recht bekommen mit seiner Prophezeiung, daß der Kapitalismus sich selber zerstöre, so könnten wir unsere Überlegungen schnell abschließen mit dem Ergebnis, daß die Wirtschaftspolitik im traditionellen Sinne keine Zukunft hat.

Doch wird sich Marx' Prophezeiung wenn überhaupt, zumindest nicht bald erfüllen; und das gilt für jeden der Gründe, die nach seiner Ansicht den Kreislaufkollaps des Wirtschaftssystems bewirken werden.

a) Was die Konzentrationsthese anlangt, so ist es zwar richtig, daß die Unternehmenskonzentration im Bereich der Industrie manchmal be-

sorgniserregend zunimmt, so als ob unsere Unternehmer und Manager — aus Müdigkeit oder Machtstreben — vieles daransetzten, die Marx'sche These zu bestätigen; aber es gibt auch Gegenkräfte, die den Prozeß aufhalten. Und wenn es zu einer präventiven Fusionskontrolle und zu einer gegengewichtigen Wettbewerbspolitik käme, die hierin ihre gesellschaftspolitische Berechtigung fänden, so hätte der Kapitalismus noch manches Lebensjahrzehnt vor sich, bevor die Stunde schlägt, in der — wie Marx sagt — die Konzentration der Kapitalien zur „Expropriation der Expropriateure" führt.

b) Ähnlich steht es mit der konjunkturellen Zusammenbruchthese. Auch wenn es manchmal so scheint, als würden die Konjunkturschwankungen intensiver, so muß es zu einer Dauerkrise, die nach Marx den Kreislaufkollaps des Kapitalismus ankündigt, auch nach der nächsten oder übernächsten Rezession nicht kommen — ebensowenig wie es nach der Gründerkrise im vorigen Jahrhundert oder nach der Weltwirtschaftskrise dazu gekommen ist. Im Zweifel hilft die Globalsteuerung, zu der später noch etwas zu sagen sein wird.

c) Auch die Verelendung der Arbeiterschaft ist ausgeblieben. Ja, es hat wohl zu keiner Zeit der Geschichte eine solche Explosion der Reallöhne bei gleichzeitiger Arbeitszeitverkürzung gegeben wie in den letzten beiden Dezennien. Und statt einer Verelendung vollzieht sich bei den Arbeitern eher ein Prozeß der Verbürgerlichung und Vermögensbildung.

Alles in allem hat sich im Wachstumsprozeß nach dem zweiten Weltkrieg wiederholt, was Marx und Engels 1848 im Rückblick auf das erste Jahrhundert des Kapitalismus feststellten:

„Erst sie (die Bourgeoisie) hat bewiesen, was die Tätigkeit der Menschen zustande bringen kann. Sie hat ganz andere Wunderwerke vollbracht als ägyptische Pyramiden, römische Wasserleitungen und gotische Kathedralen. ... Die Bourgeoisie ... reißt ... alle ... Nationen in die Zivilisation ... Sie hat enorme Städte geschaffen ... und so einen bedeutenden Teil der Bevölkerung dem Idiotismus (sic!) des Landlebens entrissen. Die Bourgeoisie hat in ihrer kaum hundertjährigen Klassenherrschaft massenhaftere und kolossalere Produktionskräfte geschaffen als alle vergangenen Generationen zusammen".

8. Trotzdem würde ich nicht wetten wollen, daß die Gesellschaftsordnung, die man Kapitalismus nennt, die nächsten 10 oder 20 Jahre ohne Krisen und substantielle Reformen überlebt. Diese Feststellung hat nichts damit zu tun, ob mir das gefällt oder nicht. Der Systemwandel wird sich aber nicht oder nur zum geringeren Teil aus dem Sein ergeben, wie Marx

annahm, sondern aus dem Bewußtsein und aus den Willenskräften, die das Bewußtsein freisetzt. Einen Teil der Begründung dafür lieferte Schumpeter mit einer Hypothese, die jetzt fast dreißig Jahre alt ist und trotzdem aktuell zu sein scheint.

Der Kapitalismus, so Schumpeter, leidet und stirbt eines Tages an seinen Erfolgen, weil er sich — hauptsächlich bei den Intellektuellen — eine feindselige Umgebung schafft, die mit Gesetzen und Verwaltungseingriffen bewirkt, daß die Unternehmer müde werden und die Kapitalisten ihre Funktionen nicht mehr erfüllen. Demnach steht kein Kreislaufkollaps zu erwarten, sondern ein Nervenzusammenbruch.

9. Triebkraft dieses Prozesses ist nach Schumpeter der Rationalismus. Er hat als Aufklärung den technischen Fortschritt und den Kapitalismus hervorgebracht, und er wird nun vom Kapitalismus kräftig genährt. Indem er die irdischen Autoritäten entzaubert, die bürgerliche Familie in Frage stellt und die traditionellen Glaubensinhalte zerstört, weckt und verstärkt er die Forderung nach mehr Gleichheit und Gerechtigkeit hier und jetzt — und im Zweifel durch den Staat.

10. So verbindet sich der Rationalismus in einer breiten Strömung mit dem Sozialismus, aber nicht mit einem Sozialismus, der nach Marx auf die Zwangsläufigkeiten der Geschichte setzt, sondern mit einem Sozialismus der Tat und der Hoffnung, der zugleich einen Ersatz für die vom Rationalismus zerstörten Glaubensinhalte bietet[1]). Der moderne Sozialismus ist voluntaristisch, und er entspricht damit der Situation einer Jugend, die in den meisten Ländern des Westens viel nachgiebiger erzogen wurde als frühere Generationen und die daher darauf vertraut, daß man vieles, was man fordert, auch bekommen oder durchsetzen kann. Der heutige Sozialismus ist utopisch-idealistisch, also auf eine bessere Welt gerichtet, und er entspricht damit dem seelischen Bedarf einer Jugend, die im Vergleich zu früheren Generationen mehr Wohlstand kennt und als selbstverständlich hinnimmt, und die auf der anderen Seite durch die modernen Massenkommunikationsmittel mit dem Elend dieser Erde konfrontiert wird. Und indem er aktivistisch ist, erfüllt der Sozialismus der Gegenwart den Tätigkeitsdrang junger Menschen, die viel länger als früher zu rezeptivem Lernen gezwungen sind und auf der anderen Seite von der Gesellschaft nicht

[1]) Lebte Marx heute, würde er wohl ähnlich polemisieren wie 1853 gegen die „ultralinke" Willich-Schapper-Fraktion, der er vorwarf, „der revolutionären Entwicklung die Phrase der Revolution unterzuschieben ... An die Stelle der kritischen Anschauung setzt die Minorität eine dogmatische, an die Stelle der materialistischen eine idealistische. Statt der wirklichen Verhältnisse wird ihr der bloße Wille zum Triebrad der Revolution". Zitiert nach R. F. Behrendt, „Die Zukunft der Entwicklungsländer als Problem des Spätmarxismus", Futurum 4/1970.

genügend Anstöße erhalten, sich humanitären Idealen zu widmen, denen sie einen höheren ethischen Rang geben als dem eigenen materiellen Wohlergehen.

11. Soll die Wirtschaftspolitik zur gesellschaftspolitischen Stabilisierung beitragen, so wird sie einigen essentiellen Forderungen dieses Sozialismus elastisch entgegenkommen müssen, ohne auf der anderen Seite die Grundprinzipien einer liberalen Gesellschaftsordnung, vor allem die Entscheidungsfreiheit und das Individualeigentum, in ihrer Substanz anzutasten. Die Hauptforderung der Sozialisten heißt Egalität, und da sich mit der Angleichung der Bildungschancen allmählich auch eine Angleichung der Arbeitseinkommen vollziehen wird, betrifft die Gleichheitsforderung auf lange Sicht die Vermögen und die Vermögenseinkommen. Maßnahmen, die die Vermögensbildung der Arbeitnehmer fördern, können hier vielleicht etwas helfen, aber die Unterschiede zu den Großvermögen, die im Rampenlicht der Kapitalismus-Kritik stehen, werden dadurch kaum geringer. Will man weiter gehen, aber das Eigentum der Lebenden nicht antasten, so bleibt als Ansatzpunkt nur die Vermögensübertragung im Todesfalle. Hohe Sätze der Erbschaftssteuer bieten sich als eine Möglichkeit an, aber die Erbschaftssteuer läuft auf eine Sozialisierung hinaus, nicht auf eine breitere Streuung des individuellen Eigentums. Wer jedoch viel breit gestreutes Privateigentum befürwortet, wird stattdessen nach einer Änderung des Erbrechts suchen müssen, die im Kern darauf hinausläuft, daß man in der Regel nicht mehr als eine bestimmte Höchstsumme erben oder durch Schenkung erwerben darf. Besitzer größerer Vermögen sähen sich dann veranlaßt, so viele Erben einzusetzen, wie erforderlich ist, damit nichts oder möglichst wenig dem Staate zufällt, und es könnte der Prozeß der Vermögensstreuung sich organisch und allmählich im Zuge des Generationenwechsels vollziehen.

Es ist hier nicht der Ort, Einzelfragen oder verschiedene Varianten darzulegen, zumal der Gedanke als solcher ziemlich utopisch anmutet, wenn man noch nicht sehr lange darüber nachgedacht hat. Aber die Grundidee paßt wie nach Maß in eine geistige Situation, in der die Väter mit den Söhnen und die Söhne mit der Vermögensverteilung bei den Vätern Schwierigkeiten haben. Deshalb könnte man sich durchaus vorstellen, daß das Prinzip auch auf freiwilliger Basis Anklang findet, also reiche Leute — im Interesse der Erhaltung des Privateigentums als Institution — von sich aus für eine breite Streuung ihres Vermögens im Erbgang sorgen — zugunsten von tüchtigen Mitarbeitern und Bekannten und vielleicht auch von ferneren Verwandten mit unternehmerischen Qualitäten. Auf der anderen Seite erscheint es nicht ausgeschlossen, daß Kinder wohlhabender Eltern, die in einen Gegensatz zur kapitalistischen Ordnung geraten sind

und es mit der Gleichheit ernst meinen, bei sich selbst anfangen und zugunsten einer breiteren Eigentumsstreuung auf Erbansprüche teilweise verzichten.

12. Mit einer breiteren Vermögensstreuung ist aber noch nicht das Sonderproblem gelöst, das sich bei kräftigem Wirtschaftswachstum auf engem Raum für das Bodeneigentum ergibt. Hier fallen mühelose Einkommen an, die den Charakter von Monopolrenten haben und besonders deshalb unter Beschuß sind, weil es sich bei den Benachteiligten um die große Zahl der Mieter und der Bausparer handelt.

Zwar gehen manche Bestrebungen dahin, das Recht auf billige Wohnung zu einem Grundrecht zu erheben, möglichst gar das Recht auf billige Wohnung in bevorzugten Großstadtlagen; aber was besonders knapp ist, ist gerade deswegen nicht auf dem Wege zu einem freien Gut. Vielmehr sind hohe Mieten in Großstädten notwendig, damit das Wachstum der Agglomerationszentren gebremst wird und damit diejenigen, die nicht unbedingt in zentralen Orten produzieren oder leben müssen, sich für Gegenden mit niedrigeren Bodenkosten entscheiden. Wollte man den Preismechanismus auf diesem Gebiet ausschalten, so stünde die staatliche Bürokratie vor Aufgaben, die sie nach aller Erfahrung kaum sachgerecht und noch nicht einmal gerecht lösen kann.

Ein Mittel, das die Knappheitsrenten der Bodenbesitzer abschöpft, ohne den Preismechanismus als Allokationsinstrument außer Kraft zu setzen, wäre natürlich eine Wertzuwachssteuer, aber sie müßte Wertzuwächse infolge des allgemeinen Geldwertschwunds und infolge eigener Investitionen des Bodenbesitzers unberührt lassen. Vor allem dürfte sie nicht nur bei der Veräußerung fällig werden, sondern wäre laufend zu erheben und anzupassen, weil sonst der Übergang des Eigentums an diejenigen, die es besser nutzen können, steuerlich gehemmt würde. Bedenklich ist allerdings, daß die ständige Veranlagung einen erheblichen Verwaltungsaufwand erfordert. Deshalb bietet sich als alternative Lösung die Selbstveranlagung an. Man müßte allerdings dafür sorgen, daß der Staat das Recht erhält, das veranlagte Objekt jederzeit zum Veranlagungswert zu erwerben, damit nicht aus Bescheidenheit zu niedrige Werte angegeben werden.

In der Tat könnte es sogar vorteilhaft sein, wenn der Staat auf diese Weise genötigt würde, in größerem Umfang Boden zu kaufen. Ein nationaler Bodenfonds, der sich durch Ausgabe von Zertifikaten refinanzieren könnte, wäre sicherlich geeignet, die Aufgaben der Stadt- und Landesplanung, der Raumordnung und auch des Umweltschutzes wirksam zu

erleichtern. Da der Boden zunehmend knapper wird, sollte man eigentlich darauf hinwirken, daß Grundstücke jeweils ihren wichtigsten Verwendungszwecken zugeführt und ökonomisch genutzt werden. Steuern wie die Grunderwerbssteuer und andere Maßnahmen, die die Bewegung des Bodens zum besseren Wirt behindern, sind bei zunehmender Bodenknappheit nicht zeitgemäß, ebensowenig wie Bebauungsvorschriften, die mit Rücksicht auf ältere Gebäude dem bodensparenden technischen Fortschritt zu enge Grenzen setzen.

13. Beim Raumproblem tritt besonders ein Mangel der dezentralisierten Marktwirtschaft hervor: das Fehlen von Planung im Sinne einer vorherigen Abstimmung der einzelwirtschaftlichen Vorhaben, also einer Abstimmung ex ante statt einer Anpassung ex post. In anderen Bereichen entwickeln sich, um den Bedarf an ex ante Abstimmung zu decken, von selbst Terminmärkte für verschiedene Fristen: Auf ihnen werden wichtige Informationen über Zukunftspläne ausgetauscht und hohe Wetten über die künftige Entwicklung abgeschlossen. Diese Tätigkeit, auch Spekulation genannt, ist leider in Verruf geraten, obwohl das Nachdenken über die Zukunft und das Engagement für die Zukunft überall nützlich sind. Leider kann man aber auch nicht sagen, daß der Staat, der häufig genug die Spekulation aus vordergründigen Motiven verboten hat, seinerseits viel dazu beigetragen hätte, die Planungslücke zu schließen. Im Gegenteil: nicht das Angebot an Automobilen ist zu klein im Vergleich zur Nachfrage, sondern das Angebot an öffentlichen Straßen und Parkplätzen im Vergleich zur Kraftfahrzeugdichte. Nicht die oligopolisierte Kraftfahrzeug-Industrie oder der gewerbliche Lastwagenverkehr haben im Landverkehr Terrain verloren, sondern das vom Staat beanspruchte oder verliehene Schienenmonopol der Eisenbahn. Ähnlich besteht ein Rückstand auf manchen anderen Gebieten, die in die Domäne des Staates oder der Kommunen fallen. Hieraus folgt m. E. für die Wirtschaftspolitik der Zukunft dreierlei:

Erstens: Die Instanzen der staatlichen Verwaltung, aber auch die parlamentarischen Gremien auf allen Ebenen, müßten sich Planungsgruppen zuordnen mit der Aufgabe, konkrete Alternativ-Entwürfe zur Gestaltung der Zukunft in fünf, zehn oder zwanzig Jahren zu diskutieren oder gar selbst zu erarbeiten — für die Bildungs- und Wohlfahrtseinrichtungen, für die Städte und Verkehrssysteme, für die regionale Wirtschaftspolitik und für die Wirtschaftspolitik im nationalen und internationalen Rahmen. Einmal könnte dies den Bedarf an längerfristig orientierten Leitbildern und Entscheidungshilfen decken; und zum anderen wäre es eine Offerte und Bewährungschance für alle, die ihre wichtigste Aufgabe darin sehen, die Welt konkret zu verändern.

Zweitens: Der Staat darf nicht darauf verzichten, mit der Privatwirtschaft um die dynamischen Persönlichkeiten, die Unternehmer im Sinne Schumpeters, zu konkurrieren, und er muß diesen genügend Spielraum für Initiative lassen. Wie weit jene Flexibilität, die die kleinen und mittleren Privatunternehmen auszeichnet, auch in Behörden und Staatsbetrieben Eingang finden kann, ist ein fast unlösbar erscheinendes Problem, aber nicht nur bei uns, sondern viel mehr noch in Staaten, die den Sozialismus praktizieren.

Drittens: Eng damit verknüpft ist der Spielraum für das Experiment, den der staatliche Bereich ebenso braucht wie der private, weil man eben nur durch Versuch und Irrtum Erfahrungen sammeln und Neuland erforschen kann. Doch diese einzig brauchbare Methode stößt auf Widerstände bei denen, die Ideologien für Wahrheiten und Glaubenssätze für Weisheiten halten. Schwierigkeiten ergeben sich aber auch, wenn das Gleichheitsprinzip unbesehen zum Fetisch einer Einheitlichkeit wird, die für kleine Experimente keinen Spielraum mehr läßt und deshalb entweder zum revolutionären Großexperiment zwingt oder einen konservativen Immobilismus zur Folge hat. Wer für Evolution statt für Revolution ist, wird deshalb dem kontrollierten Experiment in der föderalistischen Vielfalt das Wort reden müssen, entgegen jenem Trend zum Zentralismus, der sich im Osten wie im Westen daraus ergibt, daß man Entscheidungen aus Furcht vor der Verantwortung nicht gern vor Ort trifft, sondern auf die nächst-höhere Stufe verlagert, wo die Probleme meist nur etwas anders aussehen und etwas später sichtbar werden, dann aber — und auch wegen des größeren Rahmens — sehr viel schwerer lösbar sind. Diese Flucht in die Zentralisierung nimmt dem staatlichen Sektor einen Teil der so dringend benötigten Flexibilität und Reaktionsfähigkeit, ganz zu schweigen von jener vorausgreifenden Anpassung, ohne die der staatliche Bereich immer wieder gegenüber der Privatwirtschaft zurückfällt. Sollten wir in der Zukunft mehr Staat brauchen, wie der Zug der Zeit anzudeuten scheint, so brauchen wir zugleich eine Organisation des Staatswesens, die die Initiative prämiert und die Fortschritte durch Erfahrung verspricht.

14. Das Mehr an öffentlichen Gütern, Wohlfahrtseinrichtungen, Infrastrukturinvestitionen und Maßnahmen zum Umweltschutz, das heute gefordert wird und mit dem Willen der Wähler in Zukunft auch bereitgestellt werden wird, muß nicht unbedingt ein Mehr an Zwang, an Bürokratie und an staatlicher Produktion bedeuten. Denn es gibt auf allen drei Ebenen — Finanzierung, Produktion und Distribution — erwägenswerte Lösungen dezentralisierter und marktwirtschaftlicher Art, die der Nationalökonom als Soziotechniker offerieren kann und die etwas für sich

haben, wenn man sowohl ein Übermaß an staatlichem Zwang und an staatlicher Bürokratie vermeiden will als auch eine allgemeine Staatsverdrossenheit, die dazu führt, daß das Pendel nachher in das andere Extrem zurückschwingt.

Finanzieren lassen sich öffentliche Aufgaben über Anleihen ebenso wie über Steuern; produzieren lassen sich öffentliche Güter in Privatunternehmen ebenso wie in Staatsbetrieben; und wenn öffentliche Güter nicht freie Güter sind, sondern als knappe Güter verteilt werden müssen, kann man trotzdem auf eine direkte Rationierung verzichten und stattdessen zweckgebundene Zuwendungen vorsehen. Lassen Sie mich dies am Beispiel des Bildungswesens erläutern.

Erstens: Bildungsausgaben sind nach neuerem Verständnis Investitionen, weil wir uns daraus für die Zukunft Erträge versprechen, und wenn Bildungsausgaben von der Gesamtheit getragen werden sollen, so handelt es sich um Sozialinvestitionen. Da die Erträge nicht in der Gegenwart, sondern in der Zukunft anfallen, ist es angebracht, die künftigen und nicht die gegenwärtigen Einkommensbezieher mit Steuern in Höhe der Tilgungsbeträge zu belasten. Für die gegenwärtige Generation genügt es, wenn sie die Zinsen trägt, in Form höherer Einkommenssteuern und deshalb entsprechend der individuellen Leistungsfähigkeit. Abgesehen vielleicht von der Überlegung, daß es der älteren Generation gut ansteht, wenn sie der nachfolgenden einen Tribut entrichtet, spricht eigentlich fast alles für eine Bildungsanleihe und recht wenig für eine Bildungssteuer zur Deckung dieser Investitionsausgaben.

Zweitens: Man kann ausrechnen, was jene Durchschnittsausbildung kostet, auf die jeder Staatsbürger ein Anrecht haben sollte, und man kann in Höhe dieser Kosten Bildungsgutscheine ausgeben, mit denen Erziehungsleistungen im Inland, aber auch im Ausland, bezahlt werden können.

Drittens: An den allgemeinen Bildungszweck gebundene Zuwendungen dieser Art würden es privaten Bildungsinstitutionen gestatten, mit den öffentlichen Instituten, die dann ökonomisch wie Betriebe geführt werden könnten, wirksam zu konkurrieren; und ich möchte fest annehmen, daß es dann in absehbarer Zeit ebensowenig einen Bildungsengpaß gäbe wie heute einen Engpaß im Angebot von Automobilen oder Kühlschränken. Daß private Bildungsinstitutionen bestimmte Mindesterfordernisse erfüllen müssen, ist selbstverständlich und auch nichts Neues.

Aber das alles erscheint unrealistisch, da wir uns daran gewöhnt haben, öffentliche Schulen für das Normale zu halten, ganz im Einklang mit der traditionellen Vorstellung, daß die Schule — ebenso wie die Armee — eine Schule der Nation sei und daß sich als Volksschullehrer am besten der Unteroffizier eignet, weil er, wie es in der „Deutschen Wehrzeitung" von 1849 heißt, „schon die Knaben in denselben guten und gesunden Grundsätzen erziehen" kann wie die Soldaten. Aber seit die Nation nicht mehr als das höchste Gut auf Erden gilt, dürfen wir auch das Bildungswesen liberaler gestalten, das heißt die mündigen Individuen und Familien zum Souverän machen und ihnen als Nachfrager von Bildungsgütern die Freiheit der Wahl geben.

15. Auf der Agenda für die Wirtschaftspolitik dieses Jahrzehnts steht in vielen Ländern, die in den sechziger Jahren das industrielle Wachstum in einer Art internationalem Wettlauf beschleunigt haben, erstmals das Problem des Umweltschutzes. Es ist, weil Wasser und Luft internationale Güter sind, ein internationales Problem, aber es stellt sich besonders dringend in den Ballungsgebieten Nordamerikas, Japans und Westeuropas, vor allem wegen des Wachstums der chemischen Industrie, wegen der hohen Kraftfahrzeugdichte, wegen des zunehmenden Düsenflugverkehrs und wegen der Nutzung von Atomenergie. Vom Preismechanismus her gesehen ist es die Folge davon, daß mit der Erzeugung und der Nutzung vieler Güter, die das moderne Leben beherrschen, Kosten verbunden sind, die nicht als Geldkosten anfallen und deshalb nicht in das Kalkül der Erzeuger und Verbraucher eingehen.

Wie häufig bei einem neuen Problem, so bietet sich auch beim Umweltschutz zunächst als plausibelste Lösung ein Programm staatlicher Ausgaben und staatlicher Reglementierungen an. Aber es darf vielleicht hier darauf hingewiesen werden, daß Nationalökonomen schon vor Jahren und Jahrzehnten vorgeschlagen haben, den Marktmechanismus in den fraglichen Bereichen zu ergänzen. Umweltschäden, die bisher nur gesellschaftliche Kosten waren, also Kosten, die wir alle tragen, aber die keiner bezahlt, lassen sich in einer Reihe von Fällen durchaus in private Geldkosten verwandeln, so daß sie voll in das Kalkül der Unternehmer und der Verbraucher eingehen. Worauf es ankommt, kann wieder nur an einem Beispiel illustriert werden. Flughäfen sind bekanntlich Quellen erheblicher Lärmbelästigung. Gäbe man jedem ein Grundrecht auf Freiheit von Lärmbelästigung und infolgedessen ein Vetorecht gegen die Anlage von Flughäfen in der Nähe des Wohnortes, so müßten die Flughafengesellschaften den Benachteiligten die Zustimmung durch Entschädigungszahlungen abkaufen. Diese Entschädigungen wären die Kosten der Lärmbelästigung,

die je nach der Besiedlungsdichte verschieden hoch wären und deshalb die Standortwahl beeinflussen würden. Natürlich würden sich die Flughafengesellschaften beeilen, die Lärmkosten auch den Fluggesellschaften anzulasten, etwa als Start- und Landegebühren, gestaffelt nach der Phonstärke des verwendeten Fluggeräts. Dies hätte wahrscheinlich ziemlich bald auch einen fühlbaren Einfluß auf die Flugtechnik, weil es rentabler würde, lärmkostensparende Flugzeuge zu verwenden und zu entwickeln. Und wenn die Technik wider Erwarten hier keine Lösung brächte, so würden die Flugkosten für viele so steigen, daß sie lieber mit der Eisenbahn führen, die dann wahrscheinlich ihrerseits Chancen hätte, neue Schienenwege für den Blitzverkehr zwischen den Großstädten zu errichten und rentabel zu betreiben.

Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse beim innerstädtischen Verkehr, der nur deshalb vor dem Zusammenbruch steht, weil die öffentlichen Verkehrswege knappe Güter sind und nicht wenigstens dort, wo ihre Knappheit besonders groß ist, für den Benutzer etwas kosten. Abgesehen davon leisten wir uns in der Bundesrepublik immer noch den Schildbürgerstreich, daß die Ladenöffnungszeiten nach einem vom Staat verordneten Kartell so einheitlich sein müssen, als wäre es geradezu das Ziel, die Menschen und die Kraftfahrzeuge wie eine Herde in die Städte hinein und wieder herauszutreiben. Doch abgesehen davon wird die Motorisierungswelle ohnehin neue Lösungen des Verkehrsproblems erzwingen und dann zumindest in den industriellen Verdichtungsgebieten abebben.

16. Zum Teil steht das Umweltproblem, wie schon angedeutet, im Zusammenhang mit der Attraktion, die die Ballungsgebiete auf Kosten der peripheren Regionen ungemindert ausüben dürfen. Doch stellt sich heute mehr und mehr die Frage, ob die Fühlungsvorteile, die die große Agglomeration bietet, nicht längst von den immer größer werdenden Reibungsnachteilen aufgewogen werden. Wenn das der Fall ist, so nährt sich die Ballungstendenz eigentlich nur noch dadurch, daß man hofft, die Reibungsnachteile durch Infrastrukturinvestitionen auszugleichen, im Zweifel mit finanziellen Hilfen, die durch den politischen Forderungs- und Konzessionsmechanismus, vor allem vor Wahlen, mobilisiert werden können. In den dichtbesiedelten Regionen ist ja der Infrastrukturbedarf so dringend, daß sich dort große öffentliche Investitionen jederzeit rechtfertigen lassen — ganz im Gegensatz zu entballenden Infrastrukturmaßnahmen in den peripheren Gebieten, die auf ein Vorhalten hinauslaufen und deshalb längere Zeit wie Fehlinvestitionen aussehen. Man mag dem Marktmechanismus vorwerfen, daß er, wenn die Standortkosten nicht voll angelastet werden, zu geographischen ebenso wie zu ökologischen Ungleichgewichten

führt, aber der normale politische Abstimmungs- und Entscheidungsmechanismus läßt dies nicht nur zu, sondern er verstärkt die Tendenzen, bis es — mitten in einer Zeit der Integration — in den benachteiligten Regionen zu Separationsbestrebungen oder revolutionären Protesten kommt, von Nordirland über die Bretagne nach Süditalien und von Französisch-Kanada bis nach Nordost-Brasilien. Wer die politische Integration Europas in einem Bundesstaat für eine wichtige wirtschaftspolitische Aufgabe der Zukunft hält, sollte deshalb von vornherein überlegen, welches konkrete raumpolitische Konzept er mit diesem Europa verbindet und welchen finanziellen Hilfen er zu diesem Zweck den zurückgebliebenen Ländern und Regionen zu gewähren bereit ist.

17. Gewiß kann sich eine Region in begrenztem Umfang auch selbst helfen, wenn es gelingt, einen faszinierenden Entwicklungsplan zu entwerfen und zu propagieren und daraufhin jene Infrastrukturinvestitionen vorzunehmen, die den Prozeß in Gang bringen. Freilich gehört dazu mindestens ebensoviel Vertrauen in das eigene Konzept, wie man von den Unternehmen erwartet, die im Rahmen dieses Konzepts investieren sollen. Dieses Selbstvertrauen kann jedoch kaum deutlicher zum Ausdruck kommen als in der Bereitschaft einer Gebietskörperschaft, sich im Hinblick auf das Gelingen des Entwicklungsplans für diese Investitionen zu verschulden.

18. Im weltwirtschaftlichen Rahmen befinden sich die Industrieländer in einer ähnlichen Situation wie die industriellen Ballungsgebiete innerhalb einer Volkswirtschaft: sie wachsen zum Teil auf Kosten der weniger entwickelten Länder. Die Gastarbeiter zum Beispiel beheben bei uns den Arbeitskräftemangel, der sonst einen verstärkten Kapitalstrom ins Ausland erzwungen hätte. Es ist zwar richtig, daß die Gastarbeiter bei uns etwas lernen, daß sie meist erhebliche Teile ihres Einkommens in die Heimatländer senden und daß die Heimatländer auf diese Weise mehr Investitionsgüter importieren können, als es der Fall wäre, wenn unsere Gastarbeiter daheim tätig wären. Aber da vielfach die Besten und die Aktivsten aus den peripheren Ländern Europas zu uns kommen, vermindert sich das Entwicklungspotential dieser Volkswirtschaften. Soll dies kein Dauerzustand bleiben, so müssen wir bald in Kooperation mit den Heimatländern ein Gegenprogramm entwerfen, das für einen kontinuierlichen Rückstrom und für eine wachstumsfördernde Rückgliederung sorgt.

19. Explosiver noch entwickeln sich die Verhältnisse in den außereuropäischen Ländern der Dritten Welt — trotz unserer technischen Hilfe,

unserer Bildungshilfe und unserer Kapitalhilfe. Ich kann diese Problematik hier nur streifen und beschränke mich auf drei Punkte, die unsere eigene Wirtschaftspolitik betreffen.

Zunächst: Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Entwicklungsländer unter der Konzentrationstendenz in den Industrieländern leiden, genauer: unter der Tatsache, daß bei uns Produktivitätsfortschritte, die die Industrie erzielt, auch wegen des Lohndrucks der Gewerkschaften nicht in Form niedrigerer Preise an die Verbraucher, sondern in Form höherer Löhne an die Arbeiter weitergegeben werden. Viele Entwicklungsländer, die unsere Erzeugnisse kaufen, aber agrarische Rohstoffe und Nahrungsmittel unter scharfen Konkurrenzbedingungen exportieren, beklagen sich deshalb über uns genauso, wie sich unsere Landwirtschaft über unsere Industrie beklagt; sie fühlen sich einkommensmäßig zurückgeworfen — mit einem Wort: ausgebeutet. Eine Einkommensübertragung in Form von Entwicklungshilfe erscheint unter diesen Umständen als ein Gebot der Gerechtigkeit und, sollte die These nicht stimmen, aber gleichwohl geglaubt werden, als Gebot politischer Zweckmäßigkeit.

Zweitens: Entwicklungshilfe ist, wie der Name erkennen läßt, kein Almosen; sie ist ein Mittel, die zurückgebliebenen Länder aus dem circulus vitiosus der Armut heraus — und in den circulus virtuosus eines sich selbst tragenden Wachstumsprozesses hineinzuhelfen. Trotz der grünen Revolution heißt dies auch: Industrialisierung. Beides wird wahrscheinlich in absehbarer Zeit zunächst einmal die sozialen Spannungen vergrößern, weil beides mit der Freisetzung von Arbeitskräften einhergeht; und die Folge kann sein, daß sich die ländliche Unterbeschäftigung in eine städtische Dauerarbeitslosigkeit unvorstellbaren Ausmaßes verwandelt. Dies brauchte nicht so zu sein, wenn das Kapital reichlicher in diese Gebiete strömte und vor allem die übertragene Technik weniger arbeitssparend und weniger kapitalabsorbierend wäre. Daß nicht genügend Privatkapital in viele Entwicklungsländer fließt, hängt unter anderem mit dem politischen Risiko zusammen, das seinerseits um so größer wird, je mehr sich die sozialen Spannungen in revolutionäre Situationen umsetzen. Hier hilft wohl nur eine Kapitalgarantie und eine offene Zinssubvention seitens jener Regierungen der reichen Länder, die ein Interesse daran haben, daß es in der Dritten Welt nicht zu sozialen Eruptionen kommt.

Weniger leicht ist das Problem der Technik. Weil bei uns in den Industrieländern die Großbetriebe vorherrschen, entwickelt sich eine Technik, die die Tendenz zum Großunternehmen verstärkt, und weil bei uns die Arbeitskräfte soviel knapper sind und das Kapital soviel reichlicher ist, konzentrieren wir uns auf technische Fortschritte, die mit viel zusätzlichem

Kapitaleinsatz Arbeitskräfte einsparen. Einen technischen Fortschritt, der den Entwicklungsländern helfen würde, viele Arbeitskräfte mit wenig Kapital zu beschäftigen, bietet niemand an (Japan vielleicht ausgenommen), weil der technische Fortschritt — wie gesagt — fast ganz auf den Bedarf der Großbetriebe in den reichen Industrieländern zugeschnitten ist. Hier liegt ein Problem, an dessen Lösung ebenso wie die Entwicklungsländer auch die kleinen und mittleren Unternehmen bei uns brennend interessiert sind. Aber wir haben noch kaum begonnen, darüber nachzudenken.

Drittens: Es erscheint als Musterbeispiel für politische Inkonsequenz und doppelte Moral, wenn wir den Entwicklungsländern Kapitalhilfe zum Aufbau einer Industriewirtschaft gewähren, uns aber mit Rücksicht auf die kurzfristigen Interessen einzelner Branchen bei uns dagegen wehren, die Exporterzeugnisse der Entwicklungsländer auf unseren Märkten zu akzeptieren. Schutzzölle, Einfuhrrestriktionen und sogenannte Selbstbeschränkungsabkommen zum Nachteil der Entwicklungsländer, die in billiger Polemik als Niedrigpreisländer oder Länder des Reisstandards diffamiert werden, sind außen- und wirtschaftspolitische Bumerangs. Indem sie den Schuldendienst zum Teil unmöglich machen, degradieren sie viele Empfänger der Hilfe zu Bettlern. Der Hochmut des Protektionismus ist in unserem Falle besonders peinlich, da wir selbst einmal nach dem Kriege mit Hungerlöhnen angefangen haben, ohne daß das damals noch ziemlich deutschfeindliche Ausland uns daran gehindert hätte, die größte Exportoffensive unserer Wirtschaftsgeschichte zu lancieren. Den Zugang zu unseren Märkten offenzuhalten, ist aber nicht nur ein Gebot weltinnenpolitischer Moral, sondern — wie häufig unter langfristigen Aspekten — auch ein Gebot national-ökonomischer Einsicht. Denn wo wollen wir auf die Dauer die Arbeitskräfte für unsere Wachstumsindustrien hernehmen, wenn wir die Branchen, die mit den Entwicklungsländern konkurrieren, nicht rechtzeitig schrumpfen lassen? Der Markt erzwingt zwar auch hier mittelfristig den Ausgleich der Interessen, aber man darf ihn nicht durch Restriktionen außer Kraft setzen. Wer die Harmonie der ökonomischen Interessen in dieser Weltwirtschaft fördern will, muß allerdings noch einen Schritt weitergehen und zumindest durch Nachahmung dessen, was die Terminmärkte leisten könnten, wenn es sie gäbe, informierende Signale für die Zukunft geben. Ich bin froh und dankbar, daß das Institut für Weltwirtschaft finanziell in die Lage versetzt worden ist, eine zukunftsrelevante Untersuchung zu beginnen, die dazu dienen soll, das künftige Exportpotential der Entwicklungsländer abzuschätzen, um so Informationen darüber zu gewinnen, welche Produktionszweige bei uns möglichst vorausgreifend den Rückzug antreten sollten.

Das Ergebnis muß für kein Unternehmen eine Existenzbedrohung bedeuten, es sei denn, die Unternehmensleitung ist dem traditionellen Erzeugungsprogramm so verhaftet, daß ihr der Blick auf die Chancen der Zukunft verstellt bleibt. Und auch in diesem Falle erscheint es noch vorteilhafter, einige Zeit vorher zu erfahren, woher der scharfe Wind der Konkurrenz wehen wird, als untätig zu warten und als nachträglich den Schutz des Staates zu erflehen.

20. Es mag den einen oder anderen verwundert haben, daß der bisherige Überblick über die Zukunft der Wirtschaftspolitik und die wirtschaftspolitischen Aufgaben in der Zukunft noch nichts über Wachstum und Konjunktur enthält.

Der Grund dafür liegt darin, daß ich Wachstumspolitik mit dem Ziel einer beschleunigten Ausweitung des Produktionspotentials für passé halte, für eine Angelegenheit der sechziger und nicht der siebziger und achtziger Jahre. Denn das Sozialprodukt, so wie wir es messen, wird sich weit weniger, als es in der Vergangenheit der Fall war, mit den Vorstellungen von Wohlfahrt decken, die die postindustrielle Gesellschaft der Zukunft beherrschen werden. Denn voraussichtlich nimmt nach einiger Zeit die Vorliebe für Muße und Freizeit wieder zu, das heißt für Güter, die nicht marktfähig sind und deshalb im Bruttosozialprodukt keinen Niederschlag finden.

Auch die jährlichen Zuwächse in der Ausbringung je Beschäftigtenstunde, die wir als Produktivitätsfortschritt bezeichnen, dürften geringer werden, weil die Neigung besteht, die Atmosphäre am Arbeitsplatz, in der der Mensch immerhin einen großen Teil seines Lebens verbringt, etwas besser und gelöster zu gestalten. Und schließlich kommt hinzu, daß die Tendenz zur Gleichheit wahrscheinlich zumindest vorübergehend die Leistungsanreize vermindert und den Prozeß der Kapitalakkumulation bremst. Wenn wir das Konzept des Bruttosozialprodukts erweitern oder ihm eine umfassendere Größe an die Seite stellen, die auch die stärker bevorzugten Werte mitenthält, wird das Wachstum in dem neuen Sinne selbstverständlich nicht so stark abnehmen; oder es wird sich gar beschleunigen. Ähnlich werden wir in Zukunft feststellen, daß die volkswirtschaftlichen Abschreibungen, die den Unterschied zwischen dem Brutto- und Nettosozialprodukt ausmachen, bei einem erweiterten Sozialproduktbegriff sehr viel größer sind. Denn letztlich müßte natürlich auch der Substanzverzehr beim Menschen, der mit lästiger Arbeit oft verbunden ist, zu den Abschreibungen gerechnet werden — ebenso wie die Veraltung des Wissens in dieser Zeit der technischen Umwälzungen.

Weil alles dies weitgehend unlösbare Meßprobleme aufwirft, wird man künftig vielleicht nicht mehr so häufig die Sozialproduktzuwächse verschiedener Länder miteinander vergleichen, sondern die erreichten Wohlstandsniveaus, gemessen an einem System von Wohlfahrtsindikatoren, das international bereits zur Diskussion steht und auch die Freizeit, die Gesundheitsversorgung, den Wohnraumbestand und die Bildungssituation mit berücksichtigt.

21. Über Konjunkturpolitik, und darunter verstehe ich Nachfragesteuerung, wollte ich heute nicht viel sprechen, weil es sich dabei um kurzfristige Probleme handelt und weil ich glaube, daß Konjunkturfragen die öffentliche Diskussion und die praktische Wirtschaftspolitik ohnedies zuviel beanspruchen, mehr jedenfalls als dabei herauskommt. Je mehr wir die Konjunkturgeschichte analysieren, um so mehr verstärkt sich bei den Spezialisten der Eindruck, daß die Konjunkturpolitik eher zur Verstärkung als zur Glättung der Konjunkturschwankungen geführt hat und daß sogar die Weltwirtschaftskrise auf das Konto von Fehlleistungen der Konjunkturpolitik geht, genauer der Politik der amerikanischen Währungsbehörden. An sich wäre es an der Zeit, die Konjunkturpolitik zu entzaubern und einige Thesen in der Öffentlichkeit zu propagieren, die in der Wissenschaft mehr und mehr Boden gewinnen.

Erstens: In einer Wirtschaft, die so offen ist wie die der Bundesrepublik, ist der konjunkturpolitische Spielraum der Zentralbank bei festen Wechselkursen minimal, und auch die Geldabschöpfung und Geldvermehrung über die Fiskalpolitik wird durch außenwirtschaftliche Sekundärwirkung unterlaufen. Man kann allenfalls einen Kurswechsel, der unter außenwirtschaftlichem Zwang so oder so vorgenommen werden muß, etwas vorverlegen oder etwas verzögern und dadurch den Schein einer geldpolitischen Autonomie wahren.

Zweitens: Wo die Konjunkturpolitik wirklich wirksam ist, sei es in den Vereinigten Staaten oder im internationalen Verbund, arbeitet sie nach aller Erfahrung mit so großen Verzögerungen, daß die Schwankungen vermutlich eher verstärkt als gemildert werden.

Drittens: Der Gedanke, man könne durch Variation der öffentlichen Ausgaben den Wirtschaftsablauf verstetigen, hat auf einen Irrweg geführt. Denn jene öffentlichen Ausgaben, die sich antizyklisch variieren lassen, betreffen fast nur den schmalen Bereich der Bauwirtschaft, mit deren Hilfe man unmöglich die Gesamtwirtschaft stabilisieren kann; und die Erwartung, es müsse der Staat Zurückhaltung üben, wenn es im privaten Bereich eine

Hochkonjunktur gibt, hat mit dazu beigetragen, daß der öffentliche Sektor gegenüber dem Angebot an privaten Gütern zurückgeblieben ist. Fiskalpolitik heißt, dem Staat eine Lückenbüßerrolle zuweisen und den Flexibilitätsbedarf, den die Konjunkturpolitik erfordert, vom privatwirtschaftlichen Bereich, der anerkanntermaßen sehr flexibel ist, auf den bürokratischen Staat zu verlagern, bei dem die Flexibilität unvergleichlich mehr kostet.

22. Deshalb ist möglicherweise der Konjunkturpolitik wie der Strukturpolitik am besten gedient, wenn die öffentlichen Haushalte mittelfristig orientiert sind und in ihrem Wachstum dem Wachstum des Produktionspotentials ungefähr entsprechen, von langfristigen Strukturentscheidungen abgesehen.

Und was die Geldpolitik anlangt, so ist sie — wie gesagt — im gegenwärtigen Währungssystem, das ich für reformbedürftig halte, für ein Land wie die Bundesrepublik kaum von großer Bedeutung. Im Rahmen einer europäischen Währungsunion kann sie mehr Nutzen stiften, aber auch mehr Schaden anrichten, und deshalb sind für diesen Fall Grundsätze und Regeln der Geldpolitik, die bei den privaten Wirtschaftssubjekten Vertrauen begründen und die Erwartungen stabilisieren helfen, ein Hauptpunkt der Währungsverfassung. Wenn die Unternehmer und die Verbraucher im voraus wissen, daß die zentrale Währungsbehörde bei einer zu starken oder zu schwachen Nachfrage ganz automatisch in bestimmter Weise reagieren wird, können sie dies einplanen und damit von sich aus durch antizyklisches Verhalten die zyklischen Schwankungen mildern. Dies ist eine andere Welt als die von heute, in der die Konjunkturpolitik als politische Frage behandelt wird und das politische Hin und Her die Unternehmer und Verbraucher unsicher macht. Abgesehen davon lenkt die Konjunkturpolitik des politischen Ermessens den Bundestag, der dafür so wenig Experten hat, und auch die Öffentlichkeit, die immer wieder in Alarmstimmung gerät, von den größeren Aufgaben der Wirtschaftspolitik ab, die ich zuvor angedeutet habe. Nur in einem Punkt, der allerdings völlig unterschätzt wird, können Regierung und Bundestag zur Konjunkturstabilisierung viel beitragen, vor allem auch schon für die Zeit des konjunkturpolitischen Dilemmas, das vor uns liegt: Stabilität erfordert mehr Flexibilität, und zwar bei den Löhnen ebenso wie bei den Preisen. Diese Flexibilität setzt mehr aktiven Wettbewerb voraus, und wo der Markt diesen Wettbewerb bei hohem Beschäftigungsgrad nicht zuläßt, wird man etwas nachhelfen müssen, damit nicht eine kostspielige Rezession nötig wird, um den Preiswettbewerb der Anbieter zu erzwingen. Ich weiß, daß der Wettbewerb an sich eine unangenehme Sache ist und

daß jeder ihn nur dort für richtig hält, wo er nicht selber als Anbieter auftritt; aber der Wettbewerb ist die freiheitliche Form einer gesellschaftspolitischen Kontrolle des Privateigentums, und er ist in dieser Funktion unersetzlich, so daß sich jeder unglaubwürdig macht, der, wenn er Unternehmerfreiheit und Privateigentum bejaht, nicht zugleich auch ein Bekenntnis zum Leistungswettbewerb ablegt.

23. Lassen Sie mich nunmehr in wenigen Sätzen ein Fazit ziehen, auch wenn die Kürze leicht zu Mißverständnissen führt:

Erstens: Die freie Leistungsgesellschaft, die auf Privateigentum und Wettbewerb gegründet ist, gerät zunehmend in Schwierigkeiten, weil in Kontrast zu dem Wohlstand, den sie hervorbringt, die Schattenseiten um so deutlicher hervortreten und weil die Unternehmer, die ein rechtes Verhältnis zu den Intellektuellen nicht gefunden haben, durch die Kapitalismuskritik in der Öffentlichkeit verunsichert sind. Die Öffentlichkeit wiederum glaubt, daß ein Mehr an Staat und Zwang nötig sei, um den Forderungen der Gegenwart und der Zukunft zu genügen.

Zweitens: Demgegenüber habe ich anzudeuten versucht, daß wir mehr Gleichheit in den Bildungschancen und in der Vermögensverteilung, eine bessere Versorgung mit öffentlichen Gütern, einen verstärkten Umweltschutz, eine bessere Raumplanung und eine von Konflikten freiere Weltwirtschaft auch dadurch erreichen können, daß wir den Preis- und Wettbewerbsmechanismus vervollkommnen und ergänzen und so ganz bewußt in den Dienst der neuen Aufgaben stellen. So wie wir technische Fortschritte brauchen, die den Klein- und Mittelbetrieben bei uns und den besonderen Verhältnissen in den Entwicklungsländern angemessen sind, gibt es im Bereich der Sozialtechnik einen ungedeckten Bedarf an Neuerungen.

Drittens: Der Weg zu diesen Neuerungen ist mühsam und steinig, sobald wir ins konkrete Detail vordringen. Aber es lohnt sich, ihn zu gehen, weil er im Konflikt zwischen Freiheit und Gerechtigkeit einen besseren Kompromiß verspricht, als in der Gegenwart verwirklicht ist und als ihn Schwärmer für die Zukunft in Aussicht stellen können. Die Chance, mehr Freiheit zu erhalten und doch mehr Gerechtigkeit zu gewinnen, bietet dieser Weg deshalb, weil der Preismechanismus, eine der größten spontanen Erfindungen der Menschheit, zusammen mit dem Wettbewerb eine Garantie dafür ist, daß Individuen und Gruppen auch dann, wenn sie ideologisch die Minderheit bilden, die Freiheit der Entscheidung behalten. Und indem sie die Wahlfreiheit erhalten, sorgen Preismechanismus und Wettbewerb dafür, daß in ihrem Funktionsbereich nicht unnötigerweise Menschen direkt von Menschen abhängig werden.